

ANTRÄGE

1) Beibehaltung der derzeitigen Pflegegeldregelung

GR. Hohensinner, GR.ⁱⁿ Gesek und GR. Rajakovics stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das österreichische Pflegegeldgesetz hat zum Ziel, pflegebedürftigen Menschen durch die Gewährung von Pflegegeld die Möglichkeit zu bieten, sich die erforderliche Pflege und Betreuung zu sichern, um ein selbstbestimmtes und nach den persönlichen Bedürfnissen orientiertes Leben führen zu können.

Diese pauschale Geldleistung gliedert sich in sieben verschiedene Pflegegeldstufen, welche nach dem erforderlichen Betreuungs- und Hilfebedarf (Pflegebedarf) zuerkannt wird.

Die Finanzierung des Pflegegeldes ist derzeit mittels Pflegefonds bis Ende 2014 sichergestellt. Wie es danach mit der Pflegefinanzierung weitergeht, sollte laut Sozialministerium in einer Arbeitsgruppe bis 2012 geklärt werden (bis dato liegt leider noch kein Ergebnis vor). Ob die Bundesregierung den bereits bestehenden Fonds durch zweckgebundene Steuermittel füllt, oder ob sich die sehr oft geforderte Pflegeversicherung für alle durchsetzt, wird sich heuer entscheiden.

Leider ventilieren vor allem sozialdemokratische Sozialpolitiker immer wieder die Idee, das bestehende Pflegegeld in Pflege-Sachleistungsschecks umzuwandeln. So geschehen am 26. Februar 2012 in Person der Grazer Sozialstadträtin Dr. Martina Schröck. „Das Pflegegeld gehört abgeschafft und umgewandelt in Zahlungen für tatsächliche Leistungen, etwa in Form eines Dienstleistungsschecks“, fordert Schröck in der Kronen Zeitung.

Setzt sich die Sachleistungsscheck-Idee, die von der SPÖ als „missbrauchs-einschränkende Maßnahme“ argumentiert wird, durch, würde der Staat einmal mehr betroffene Menschen bevormunden und ihnen so einen weiteren Teil der Selbstbestimmung nehmen. Weiters verkehrt sich der Grundsatz „Daheim statt im Heim“ – immer mehr Familien würden sich dann für eine stationäre Pflege (Pflegeheim) entscheiden, was letztlich auf die PflegebezieherInnen und auf den Staat zurückfällt.

Ein Beispiel:

Herr M. wohnt zu Hause und organisiert sich die Pflege über seine Familie. Er bezieht durch die Stufe 4 eine monatliche Geldleistung von 664,30 Euro, da er einen Pflegebedarf von durchschnittlich mehr als 160 Stunden (pro Monat) benötigt. Würde man den Stundenlohn herunterrechnen, kommt man auf 4,15 Euro.

Wäre Herr M. nun von der Pflegescheckregelung betroffen, müsste er diese Gutschrift bei einem offiziellen Träger einlösen. Eine Organisation wie beispielsweise die Volkshilfe verrechnet einen Stundensatz von zumindest 20,00 Euro (inklusive Lohnnebenkosten). Damit hätte der Bezieher statt 160 Stunden nur mehr maximal 33 Stunden zur Verfügung (664,30 durch 20). Wenn aber der Staat den von den Organisationen verrechneten Stundenlohn mit der in der Pflegestufe 4 festgeschriebenen Stundenanzahl (160) übernehmen würde, kostet die Pflegegeldstufe 4 der öffentlichen Hand nicht mehr 664,30 Euro, sondern 3.200,00 Euro pro Person und Monat (160 mal 20) und wäre somit unfinanzierbar:

<http://www.bundessozialamt.gv.at/cms/basb/etr/story.html?channel=CH0008&document=CMS1198239610648>

Wie auch immer die Idee eines Sachleistungsschecks beleuchtet wird, der Ansatz ist weder aus Sicht der Selbstvertretungen noch volkswirtschaftlich sinnvoll umsetzbar.

Da das Pflegegeld in den letzten 20 Jahren erst vier Mal dem Index angepasst wurde, ist im Zuge der allgemeinen Teuerung eine Anpassung notwendig. Andernfalls ist die

Pflege zu Hause bald nicht mehr bezahlbar, was wiederum zur Verlagerung in die vollstationären Begleitung und dadurch zu explodierende Kosten führen würde.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge mit folgender Petition an den Sozialminister herantreten:

- Die Bundesregierung soll eine langfristige Pflegefinanzierung durch beispielsweise Pflegeversicherung bzw. Pflegefonds umsetzen.
- Die Stadt Graz spricht sich auch weiterhin für die bestehende Pflegegeldregelung und gegen das Sachleistungsscheckmodell aus.
- Die Stadt Graz fordert die im Sozialministerium eingerichtete Arbeitsgruppe auf, eine Indexierung des Pflegegeldes in die Beratungen aufzunehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Mistkübel mit integrierter Müllkomprimierung

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Verschmutzung und die Vermüllung der Landschaft ist nicht nur ein regionales Problem mit zunehmender Tendenz. Graz macht dabei keine Ausnahme - die Verschmutzung wird von der Öffentlichkeit zunehmend als Ärgernis begriffen. Die

Holding Graz versucht dieser Entwicklung mit Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel entgegen zu wirken.

Nun setzen andere Städte auf neuartige Mistkübel, die den Müll komprimieren und dadurch die siebenfache Menge aufnehmen können. Dadurch verlängern sich die Abholintervalle, was wiederum zu Emissions- und Treibstoffverbrauchsreduzierung führt. Darüber hinaus werden die Müllpressen mit Solarenergie betrieben. Die Erfahrungswerte der Stadt Salzburg mit den neuen Mülltonnen sprechen klar für die Einführung.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Die zuständigen Stellen des Hauses Graz werden ersucht, einen Pilotversuch mit den im Motivenbericht beschriebenen Mistkübeln durchzuführen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Schutzweg im Bereich Liebenauer Hauptstraße – Leberackerweg bzw. Einfahrt Kloiberweg

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Liebenauer Hauptstraße ist seit geraumer Zeit eine außerordentlich stark frequentierte Hauptverkehrsstraße in Graz-Liebenau und wird zunehmend – Tendenz stetig steigend – von Personenkraftwagen als auch von Schwerkraftfahrzeugen befahren. Der Leberackerweg ist eine Seitenstraße der Liebenauer Hauptstraße, in der in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zahlreiche Wohnungen bzw. Reihenhäuser gebaut wurden. Im Zuge der Bebauung entlang der Straße „Leberackerweg“ haben sich in diesem Gebiet mittlerweile zahlreiche BewohnerInnen - insbesondere auch Familien mit Kindern - angesiedelt, die auch die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Vom Murpark in Richtung Süden (stadtauswärts) führt die Buslinie 74 entlang der Liebenauer Hauptstraße bis außerhalb der Grazer Stadtgrenze. Stadtauswärts gibt es in der Liebenauer Hauptstraße im Bereich der Seitenstraße Leberackerweg eine Bushaltestelle. Diejenigen Fahrgäste, die die Buslinie 74 stadtauswärts benützen, müssen jedoch nach dem Aussteigen aus dem Bus die Liebenauer Hauptstraße überqueren, um in die Straße Leberackerweg zu gelangen. Das Überqueren der Liebenauer Hauptstraße ist jedoch aufgrund des massiven Verkehrsaufkommens einerseits sehr gefährlich und andererseits oft erst nach minutenlanger Wartezeit möglich. Das Gleiche gilt für die vielen Bewohner der Einfahrt des Kloiberweges auf der anderen Straßenseite gegenüber des Leberackerweges in der Liebenauer Hauptstraße. Wenn diese die Buslinie 74 stadteinwärts in Richtung Murpark benützen, müssen sie die Liebenauer Hauptstraße überqueren, um zur Bushaltestelle der Buslinie 74 zu gelangen.

Aufgrund der Tatsache, dass täglich viele tausende Kraftfahrzeuge die Liebenauer Hauptstraße befahren, ist für Fußgänger bzw. Fahrgäste der Graz-Linien (Buslinie 74) stadtauswärts bzw. stadteinwärts das Überqueren der Liebenauer Hauptstraße, um entweder in die Seitenstraße Leberackerweg zu gelangen oder von den Bewohnern des Kloiberweges im oben erwähnten Bereich zur stadteinwärts fahrenden Haltestelle der Buslinie 74 zu gelangen, nur unter Lebensgefahr oder mit bis zu zehnminütiger Wartezeit möglich.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständige Magistratsabteilung (10/1- Straßenamt) beauftragen, zu prüfen, ob die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Schutzweges – mit oder ohne Druckknopfampel – im Bereich Liebenauer Hauptstraße/Leberackerweg bzw. Liebenauer Hauptstraße/Einfahrt Kloiberweg in Graz-Liebenau vorliegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Kundmachung des Heizverbots von Zusatzöfen auf „graz.at“

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Leider kam es in unserer Landeshauptstadt im Februar zu überhöhten Feinstaubwerten. Hierauf wurde in Graz und in einigen Grazer Umlandgemeinden ein Heizverbot für Zusatzöfen ausgesprochen.

Nach dem dieses Heizverbot auf ein Wochenende fiel, konnte man über dieses zwar in einer Tageszeitung lesen, doch sonst gab es keine Informationen über dieses Heizverbot für sogenannte „Schwedenöfen“ zur Reduzierung des Feinstaubes.

Für den nächsten Winter wäre es sinnvoll, derartige Heizverbote auf der Homepage der Stadt Graz zu veröffentlichen.

Weiter wäre zu prüfen, ob es technisch möglich ist, über www.graz.at für Besitzer von Zusatzöfen ein Service anzubieten, bei welchen man seine Mailadresse und Mobilnummer registrieren lassen kann, um bei überhöhten Feinstaubwerten über das dann folgende Verbot per Mail oder SMS informiert zu werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Möglichkeiten auf der Homepage der Stadt Graz - wie im Motivenbericht dargestellt - in die Wege zuleiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Bilinguale Volksschule St. Peter ab dem Schuljahr 2013/2014

GR.ⁱⁿ **Potzinger**, GR. Mag. **Spath**, GR. **Koroschetz** und GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Graz wächst ständig – steigende BewohnerInnenzahlen und Geburtenraten sind ebenso erfreulich wie die Tatsache, dass Graz eine prosperierende Stadt der Wissenschaft und Forschung ist. Für immer mehr Fachleute aus aller Welt ist es attraktiv, sich in Graz niederzulassen. Viele kommen mit ihren Familien aus dem

englischsprachigen Ausland und wünschen sich ein schulisches Angebot, wo ihre Kinder neben Deutsch von Beginn ihrer schulischen Laufbahn an auch intensiv Englisch lernen. Aber auch Grazer Familien äußern zunehmend den Wunsch, ihre Kinder an einer bilingualen Schule anmelden zu können. Wir haben in unserer Stadt beispielsweise dieses Angebot seit vielen Jahren an der Volksschule Krones, wo wegen der großen Nachfrage aber bei weitem nicht alle Anmeldewünsche erfüllt werden können. Zusätzliche Standorte werden also dringend benötigt.

Erfreulicherweise steht der Ausbau der Volksschule St. Peter unmittelbar bevor. Dadurch wird es voraussichtlich ab dem Schuljahr 2013/14 möglich sein, in jeder Schulstufe drei Klassen zu führen. Seitens der Schulleitung gibt es großes Interesse, bilingualen Unterricht in Englisch und Deutsch in jeweils einer Klasse pro Schulstufe anzubieten. Auch unserer Frau Schulstadträtin Sonja Grabner hat signalisiert, dass ein solches Angebot eine Bereicherung für die Grazer Schullandschaft bedeuten würde.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die ressortzuständigen Stellen werden ersucht, die notwendigen Maßnahmen zu erarbeiten und die erforderlichen Mittel bereitzustellen, dass nach Fertigstellung der Erneuerung der Volksschule St. Peter ein bilinguales Angebot im Sinne des Motivenberichtes realisiert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Kinderbetreuung an unterrichtsfreien Tagen

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein Großteil der Grazer Familien betreut ihre Kinder außerhalb der Unterrichtszeiten zu Hause. Wir haben in unserer Stadt auch ein vielfältiges Angebot an außerfamilialen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die im Großen und Ganzen in Graz vorbildlich sind. Beispielsweise wurden die Angebote für die Sommerferien in den letzten Jahren massiv verbessert.

Doch die Betreuung von Schulkindern an unterrichtsfreien Tagen stellt für manche Grazer Eltern zeitweise ein Problem dar, insbesondere dann, wenn die Einrichtung, die Nachmittagsbetreuung an Schultagen anbietet, an unterrichtsfreien Tagen nicht geöffnet ist. Oft helfen Großeltern, Freunde und Nachbarn aus, doch manchmal sind Eltern in argen Nöten, wenn sie an solchen Tagen nicht dienstfrei haben. Es geht vor allem um schulautonome Tage, sogenannte „Fenstertage“ zwischen Feiertagen und Wochenenden, die Dienstage nach Ostern und Pfingsten, den Landesfeiertag, die Weihnachtsferien, die Semesterferien und die Karwoche. In der Stadt Graz sind zu diesen Zeiten die Horte für die ganzjährig in Horten angemeldeten Kinder bedarfsgerecht geöffnet – dieses Angebot gilt aber nicht für jene Kinder, die ganzjährig in der schulischen Nachmittagsbetreuung sind, die meist an unterrichtsfreien Tagen geschlossen ist. Um jenen Familien, die einen entsprechenden Bedarf haben, die Sicherheit zu geben, dass es in unserer Stadt an solchen Tagen genügend Betreuungsplätze gibt, wo die Kinder diese Zeiten fröhlich bei Spiel, Spaß und Sport genießen können, soll das bestehende Angebot evaluiert und bedarfsgerecht ergänzt und den Eltern kundgetan werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Die ressortzuständigen Stellen mögen im Sinne des Motivenberichts ersucht werden, das Betreuungsangebot an unterrichtsfreien Tagen zu optimieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Pionierinnengalerie im Grazer Rathaus

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Grazer Rathaus sind seit vielen Jahren an prominenter Stelle Gemälde ausgestellt, die berühmte Persönlichkeiten unserer Stadt zeigen. Den Auswahlkriterien entsprechend handelt es sich dabei ausschließlich um Männer.

Wir wollen mit diesem Antrag beziehend auf ein sehr konstruktives Gespräch mit Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl erreichen, dass im Grazer Rathaus auch Portraits von Frauen, die als Pionierinnen in ihrem Wirkungsbereich erstmals besondere Leistungen erbracht und damit bleibende Verdienste für Graz erreicht haben, präsentiert werden. Der Gangbereich im 3. Stock vor der BesucherInnengalerie des Gemeinderatssitzungssaales scheint uns dafür sehr gut geeignet zu sein. Die Eröffnung der Pionierinnengalerie könnte nach sorgfältiger Vorbereitung im Herbst 2012 – eventuell um den Nationalfeiertag – stattfinden.

Aus den Bereichen Forschung, Medizin, Technik, Bildung, Gesundheit, Politik, Kunst, Kultur und Literatur nennen wir nun beispielhaft für die Pionierinnengalerie Frauen, die sich um die Stadt Graz besonders verdient gemacht haben:

Karin SCHMIDLECHNER: Erste Frau, die sich zur Frauengeschichte habilitiert hat

Oktavia Auguste AIGNER-ROLLETT: Erste Frau, die in Graz eine Praxis eröffnete – erste Sekundärärztin in Österreich

Hedwig KATSCHINKA: Erste Doktorin der Technischen Wissenschaften an der Technischen Universität Graz

Christa NEUPER: Erste Rektorin in der 426-jährigen Geschichte der Karl-Franzens-Universität in Graz

Sr. Consolata MADERBACHER: Erste Frau, die den Bau eines modernen Krankenhauses beauftragt und begleitet hat

Waltraud KLASNIC: Erste Landeshauptfrau in Österreich

Ruth Feldgrill-Zankel: Erste Vizebürgermeisterin in Graz

Ricarda KOTAL: Erstes weibliches Mitglied der Grazer Stadtregierung

Grete SCHURZ: Erste Frauenbeauftragte in Österreich

Marianne KAUFMANN, Olga RUDEL-ZEYNEK und Martha TAUSK: Erste weibliche Landtagsabgeordnete (1919)

Marie GEISTINGER: Erste international erfolgreiche Opernsängerin

Katharina PRATO: Erste Autorin eines Kochbuch-Bestsellers im deutschsprachigen Raum

Mela HARTWIG-SPIRA: Erste feministische Schriftstellerin

Christine FRISINGHELLI: Erste Intendantin in Graz

Susanne WENGER: Erste Bildhauerin, die ein Weltkulturerbe geschaffen hat (Skulpturenpark in Nigeria)

Die Pionierinnengalerie soll das Ambiente des Grazer Rathauses nachhaltig bereichern und allen Besuchern und Besucherinnen die besondere Strahlkraft von Grazer Frauen vor Augen führen.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die ressortverantwortlichen Stellen werden ersucht, die Errichtung einer Pionierinnengalerie im Grazer Rathaus in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Generalsanierung Unterführung Gösting (Römerweg – Obere Weid)

GR. Mag. **Schönberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bahnunterführung (Verbindung vom Römerweg zur Oberen Weid) ist eine sehr wichtige Verbindung für Fußgänger und Radfahrer in Gösting. Der obere Teil von Gösting hat keine Infrastruktur in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten. Deshalb ist es von großer Bedeutung, diese einzige direkte Anbindung vom oberen Teil von Gösting zum Shopping Nord (Wiener Straße), für alle GöstingerInnen so gut wie möglich zu gestalten. Nachdem diese Unterführung schon lange nicht mehr den modernen Ansprüchen gerecht wird (nicht behindertengerecht, sehr schwer für Radfahrer und Personen mit Kinderwägen zu passieren) und daher einer Generalsanierung bedarf, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz soll mit den zuständigen Stellen Kontakt aufnehmen und alle Möglichkeiten prüfen, um sobald wie möglich diese Unterführung einer Generalsanierung zu unterziehen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Griesgasse – „Die internationale Straße in Graz“

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein Benchmarking der Lebensräume links und rechts der Mur führt schnell zu signifikanten Unterschieden der Bezirke, deren Qualität links der Mur wesentlich höher ist als der rechts des Flusses gelegenen. Vergleichende Analysen dieses Themas gibt es ausreichend – unzureichend sind wirkungsvolle und nachhaltige Veränderungen, die die Schere zwischen Diesseits und Jenseits der Mur verkleinern. Auch bei den Zufriedenheitswerten der Lebensqualitätsindikatoren schneiden diese Bezirke vergleichsweise schlechter ab. Dies hat mit der Umweltsituation und Umweltqualität der Wohnumgebung zu tun.

Nehmen wir das Beispiel der Griesgasse: Mehr als zehn Geschäfte stehen leer – teils bereits seit vielen Monaten. Hier soll die Stadt Graz eine Initiative setzen und ein Pilotprojekt starten: Die Griesgasse – „Die internationale Straße von Graz“.

Es sollten Gaststätten und Geschäfte internationalen Charakters, Kulturschaffende und Künstler aus verschiedenen Ländern ein internationales Flair vermitteln, es könnte eine Galeriemeile gestaltet werden, es könnten Kulturevents u.a.m. stattfinden, die Charme und Originalität in die Griesgasse bringen.

Die Stadt Graz soll Räume zur gemeinsamen Begegnung zur Verfügung stellen, um die Griesgasse zu einem Magneten interkulturellen Lebens in unserer Stadt zu machen.

Auch mit der Neugestaltung des Griesplatzes und dem geplanten „Naschmarkt“ wären hier Synergien herzustellen, um gerade in diesem sozial benachteiligten Stadtbezirk durch diese Initiative nicht nur eine Verbesserung des Stadtbildes zu erreichen, sondern auch einen wertvoller Beitrag zur Verminderung des Ost-West-Gefälles zu leisten.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen sollen beauftragt werden, Projekt- und Planungsgrundlagen auszuarbeiten, die die Griesgasse im Sinne „Die internationale Straße in Graz“ attraktiv gestalten und damit zu einer spürbaren Aufwertung des rechts der Mur gelegenen Bezirkes beitragen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Ausweitung Tempo 30 Zone in der Harter Straße und in der Straße „Am Jägergrund“

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Gebiet rund um den Kreuzungsbereich Harter Straße/Am Jägergrund wird sehr stark von Fußgängern (bevorzugt Kindern und Jugendlichen) frequentiert, da in unmittelbarer Nähe zwei Schulen, ein Schülerhort, ein Kindergarten und eine Kirche angesiedelt sind. Derzeit bestehen in der Harter Straße bereits zwei 30-km/h-Beschränkungen (vor dem Kindergarten und nach dem Kreuzungsbereich Richtung Norden), die aber zu Verwirrungen führen, da nach der Beschränkungszone vor dem Kindergarten diese für ca. 250 m wieder aufgehoben wird und dann wieder beginnt. Hier wäre eine durchgehende 30er-Zone angebracht.

Auch jener Teil der Straße „Am Jägergrund“, der vom Kreuzungsbereich mit der Harter Straße Richtung Osten bis zum GKB-Bahnübergang (Beginn Grillweg) verläuft, sollte mit einer 30-km/h-Beschränkung versehen werden. Dieser Teil dient einerseits den Kindern der Glesingerstraße und der dort angrenzenden Straßen als Schulweg und andererseits vielen anderen AnrainerInnen als Zubringerweg zur Kirche St. Elisabeth. Da die Straße „Am Jägergrund“ von Westen kommend bis zum Kreuzungsbereich Harter Straße ohnedies schon jetzt 30er-Zone ist, bedarf es nur einer geringfügigen Ausweitung dieser Zone, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Unterstützt wird der Antrag auch von vielen AnrainerInnen und Eltern der umliegenden Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, wie aus beiliegenden Unterschriftenlisten zu entnehmen ist.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die „Tempo-30-Zone“ in der Harter Straße vom Bereich des Kindergartens bis zum derzeit bestehenden Endpunkt im Norden ca. beim Haus Harter Straße 133 durchgehend zu verordnen und die „Tempo-30-Zone“

Am Jägergrund, vom Kreuzungsbereich Harter Straße Richtung Osten bis zur GKB-Bahnübersetzung, auszudehnen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Durchfahrtsperre im Geh- und Radwegbereich Thomas-Arbeiter-Gasse

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Thomas-Arbeiter-Gasse herrscht eine nicht zufriedenstellende und auch gefährliche Verkehrssituation.

Im Zuge der Umbauarbeiten der St.-Peter-Hauptstraße wurde auch die Zufahrt zur Thomas-Arbeiter-Gasse neu geregelt: Die alte Einmündung zur Thomas-Arbeiter-Gasse wurde eine Sackstraße. Diese ist für ca. 15 Meter befahrbar, bis zur südlichen Einfahrt der Firma Strohmaier - dann wurde für ca. 20 Meter bis zur nördlichen zweiten Einfahrt zur Firma Strohmaier ein Geh- u. Radweg im Straßenverlauf installiert, was ein absolutes Fahrverbot für Fahrzeuge in beiden Richtungen zur Folge hat. Die Straßenbreite von min. 3,20 m verleitet jedoch die Fahrzeuglenker, nach wie vor in dieses absolute Fahrverbot einzufahren, um eine Abkürzung in den weiteren Straßenverlauf Richtung Norden zu nehmen. Wie bei einem Lokalausweis erlebt, wird dieses Verbot sogar bewusst von Autofahrern ignoriert. Dass dies zu gefährlichen Situationen führt, liegt auf der Hand – dringend erforderlich wäre daher die Installierung einer Durchfahrtsperre. Noch dazu ist dieses Teilstück als gesicherter Schulweg zur St. Peter Volksschule zu sehen.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

im Bereich des Geh- und Radweges in der Thomas Arbeiter-Gasse (südlicher Teil) eine Durchfahrtssperre zu installieren (z.B. Poller), um eine Durchfahrt für Kraftfahrzeuge zu verhindern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Erholungsoase an der Murpromenade

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Grazerinnen und Grazer nutzen die Murofer mit ihren Geh- und Radwegen - sei es am linken oder am rechten Murofer - als zentrale Erholungszone vom Alltag. Vermehrt am Wochenende werden die Murofer von jungen Familien mit deren Kindern frequentiert, bis hin zum städtischen Ausflug für die ganze Familie.

An einigen Plätzen entlang des Lebensraumes Mur gibt es auch Erholungszonen wie kleine Parks und Kinderspielmöglichkeiten, jedoch um den Menschen ein gutes Angebot zu geben, fehlen noch viele solcher Zonen. Vor allem im Grazer Norden ab der Kalvarienbergbrücke gibt es keine Möglichkeit mehr für die Familien, solch einen zentralen Platz zu finden, um einen Spaziergang auch zu verbinden mit einer Erholungszone mit Parkbänken, Tischen und Spielgeräten für unsere Kinder. Man

könnte auch überlegen, einen Obst- und Naschgarten zu schaffen, leider fehlt dies alles.

Leider gibt es auch einen Schandfleck am Murufer - der aufgelassene Zwischenlagerplatz der Wirtschaftsbetriebe auf der Höhe der Gustav-Scherbaum-Promenade unter der Mur-Beach-Anlage - der verwaht vor sich hinschläft und als Baucontainer-Abstellplatz für Firmen genutzt wird. Dieses Bild passt absolut nicht in das einer Promenade und gerade diese Fläche würde sich für die Gestaltung einer kleinen Parkanlage anbieten, welche man unter ein Erholungsmotto stellen könnte - mit einem angrenzenden Kinderspielplatz unter Mitgestaltung der Eltern bzw. Familien.

Man sollte eben auch im Norden, angrenzend an die Geh- u. Radwege, den Grazerinnen und Grazern solche Zonen zur Verfügung stellen.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständige Magistratsabteilung möge prüfen, inwieweit der vorgeschlagene Platz für eine Erholungszone mit Spielplatz im Grazer Norden zu realisieren ist; und zwar nicht nur, um ein zusätzliches Angebot für die Menschen zu schaffen und den Lebensraum Mur zu nutzen, sondern auch um diesen jetzigen ungepflegten Schandfleck zu entsorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Fahrradstreifen Richtung Süden in der Thomas-Arbeiter-Gasse

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Thomas Arbeiter-Gasse herrscht eine nicht zufriedenstellende und auch gefährliche Verkehrssituation. Die Thomas Arbeiter-Gasse ist eine stark frequentierte Einbahnstraße von Richtung St-Peter-Hauptstraße, Richtung St. Peter Volksschule (von Süd nach Nord). Zusätzlich besteht im oberen Bereich des Straßenverlaufs (gegenüber der Volksschule) kein Parkverbot. Die gefährliche Situation ergibt sich daraus, dass Radfahrer permanent gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen und gegen die Einbahn von Nord nach Süd radeln. Es ist nicht zu verstehen, dass es keine Möglichkeit gibt, eine Einbindung zur St.-Peter-Hauptstraße zu nutzen und es keine Ausnahmeregelung gibt, die es ermöglicht, gegen die Einbahn zu radeln. Zum Glück gab es noch keine schwereren Unfälle.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

in der Thomas Arbeiter-Gasse im ersten Zuge von Nord nach Süd auf der rechten Straßenseite das im unteren Bereich schon bestehende Park- und Halteverbot in der ganzen Straße zu verhängen, damit der Straßenzug nicht mehr verparkt wird und es dadurch möglich ist, einen Fahrradstreifen auf der rechten oder linken Seite (von Nord nach Süd) zu markieren, damit es auch für Radfahrer möglich ist, diese Straßenverbindung gegen die Einbahn nutzen zu können, dies zur Förderung der Mobilität auf Rädern und um die Radfahrer nicht ständig in eine gefährliche und verbotene Situation zu drängen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 14) 1. Sofortmaßnahmen Einsetzung Ordnungswache am Bezirkssportplatz im Volksgarten;**
2. Entwicklung eines Betreuungsmodells für die Bezirkssportplätze

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bezirkssportplätze sind eine gute Einrichtung. Kinder und Jugendliche haben durch diese im engen städtischen Raum die Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen, sich kennenzulernen, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und Solidarität zu leben.

Leider gibt es bei diesen Begegnungen der Jugendlichen immer wieder Probleme. Diese äußern sich unter anderem darin, dass sich Gruppen bilden und stärkere Gruppen die schwächeren verdrängen. Erst jüngst hat es am Eislaufplatz in Mariatrost, der von der Stadt Graz betrieben wird, einen solchen Anlassfall gegeben: Eine japanische Austauschschülerin wurde mit ihren FreundInnen von einer Gruppe Jugendlicher attackiert, beschimpft und hin- und hergeschubst.

Oft sind die unmittelbaren AnrainerInnen der Bezirkssportplätze mit Lärm konfrontiert, der den normalen Lärmpegel überschreitet, wie es beim Bezirkssportplatz im Volksgarten der Fall ist.

Diese Problematiken könnten einerseits durch eine hohe Präsenz der Ordnungswache im Volksgarten – welche ich bereits in meinem dringlichen Antrag vom 22. September 2011 gefordert hatte - entschärft werden und andererseits ist es notwendig, ein Betreuungsmodell für alle Bezirkssportplätze der Stadt Graz zu entwickeln.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf, als Sofortmaßnahme zur Beruhigung der Lärmsituation für die AnrainerInnen des Volksgartens, bedingt durch die Aktivitäten am Bezirkssportplatz, die Ordnungswache verstärkt einzusetzen und für zuständig zu erklären, und in weiterer Folge ist ein Betreuungskonzept für aller Bezirkssportplätze auszuarbeiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Absicherung Postinfrastruktur

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bezirksrat Jakomini hat mehrheitlich einen Antrag beschlossen, in dem der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht wird, eine Petition an den Bundesgesetzgeber zu richten, in der dieser aufgefordert werden soll sicherzustellen, dass die Post zu 100 % in das Eigentum der öffentlichen Hand kommt und damit gewährleistet wird, dass dieser wichtige Teil der Daseinsvorsorge gesichert wird.

Der Gemeinderatsklub der Grünen teilt die Besorgnis des Bezirkrates Jakomini über die zunehmende Schließung von Postämtern, die von den Postpartnern nur unzulänglich oder gar nicht ersetzt werden.

Der Stadt Graz sollte es im Sinne der Sicherstellung der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Anliegen sein, dass

- die Versorgung der Bevölkerung mit angemessener Postinfrastruktur gewährleistet wird
- dass gewährleistet ist, dass die zum Teil sehr vertrauensrelevanten Aufgaben einer Post nicht mehr an dafür nicht ausgebildete und ausgestattete Nahversorger ausgelagert wird und
- die Post wieder zu 100 % in öffentliches Eigentum kommt.

Daher sollten die vom Bezirksrat Jakomini genannten und oben angeführten Bedenken ernst genommen und eine Petition der Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber im Sinne des Motivenberichtes gerichtet werden.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die Stadt Graz unterstützt die Anliegen des Bezirksrates Jakomini (Antrag vom 13. 2. 2012) und richtet eine entsprechende Petition im Sinne des obigen Motivenberichtes an den Bundesgesetzgeber.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Fehlender Lift am Ostbahnhof

GR.ⁱⁿ **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Aus Medienberichten ist zu entnehmen, dass am Ostbahnhof ein unzumutbarer Zustand herrscht. Die ÖBB haben einen Liftschacht errichtet, der dazugehörige Lift fehlt aber. Personen, welche auf einen Rollstuhl angewiesen sind, Eltern mit Kinderwägen oder gehbehinderte Personen stehen so vor einer Hürde, die kaum zu nehmen ist, und sie stehen vor einem Lift, den es nicht gibt.

Es stellt sich für mich die Frage, welche hochbezahlte Köpfe solche halbfertigen Arbeiten veranlassen. Ebenso entsetzt hat sich schon der Bezirksrat Jakomini geäußert.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz fordert die ÖBB und ganz konkret die für den jetzigen Missstand verantwortlichen Personen auf, den fehlenden Lift am Ostbahnhof raschest einzubauen. Eine von den ÖBB in die Diskussion gebrachte Kostenbeteiligung der Stadt an dieser Investition wird abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge, Post zu 100 Prozent in öffentliche Hand

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Antrag von Grünen und KPÖ hat der Bezirksrat Jakomini am 13.2.2012 mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

„Der Gemeinderat möge folgende Petition an Bundes-, Landes- und Gemeindeebene beschließen:

Die dafür zuständigen Gremien (Bundesregierung, Nationalrat) mögen Verhandlungen über eine Reverstaatlichung der Post aufnehmen.

Auf EU-Ebene soll die Rücknahme aller Richtlinien und Verordnungen gefordert werden, welche die Privatisierung von öffentlichem Eigentum fördern.“

Bezirksrat Gerald Kuhn (Grüne) hat angeregt, diesen Antrag direkt im Gemeinderat einzubringen, um seine Behandlung zu gewährleisten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge folgende Petition an Bundes-, Landes- und Gemeindeebene beschließen:

Die dafür zuständigen Gremien (Bundesregierung, Nationalrat) mögen Verhandlungen über eine Reverstaatlichung der Post aufnehmen.

Auf EU-Ebene soll die Rücknahme aller Richtlinien und Verordnungen gefordert werden, welche die Privatisierung von öffentlichem Eigentum fördern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Bundesheer in Not

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zunehmend verdichten sich die Zeichen, dass die Zeiten des Milizheeres und somit auch jene der per Verfassung verankerten Wehrpflicht gezählt sind. In der Vergangenheit hat der Grazer Gemeinderat auf meine Initiative wiederholt eine klare Position zur Beibehaltung der Wehrpflicht bezogen. Ohne in einen überbordenden Lobgesang auf die Wehrpflicht verfallen zu wollen, möchte ich lediglich auf den Umstand verweisen, dass ohne die zahlreichen Zivildienstler ein Aufrechterhalten des öffentlichen Pflegeangebotes nicht möglich wäre.

Gerade für eine Stadt wie Graz mit ihrer langen Bundesheertradition ist es nun an der Zeit, Flagge für das Österreichische Bundesheer zu zeigen. Daher stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die wichtige und erfolgreiche Angelobung zahlreicher Grundwehrdiener in Graz Eggenberg erscheint in Zeiten wie diesen als ein zu geringes Signal.

Herr Bürgermeister Nagl wird daher ersucht, mit den zuständigen Stellen, dem BM f. LV und Sport und dem ÖBH Kontakt aufzunehmen, um am 26. Oktober eine Leistungsschau des ÖBH in den Mauern der Stadt Graz zu veranstalten. Eine derartige Veranstaltung sollte unter besonderer Beteiligung der Stadt Graz stattfinden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Kinder und Alkohol

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Leider ist den Medien zu entnehmen, dass die Kontaktschwelle von Alkohol und Kindern zunehmend nach unten verschoben wird. Kinder mit einem Alkoholgehalt von über 0,8 ‰ sind leider keine Seltenheit mehr.

In den Aufnahmeprotokollen der Wochenenddienste in der Grazer Kinderklinik finden sich Berichte von „Alkleichen“ mit Werten von 2,3 ‰.

Auch in diesem Fall gilt der alte Spruch „Vorbeugen ist besser als heilen“.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat werden aufgefordert, verstärkt Kontrollen durchzuführen, dass die gesetzlichen Bestimmungen der Abgaben von Alkohol an Kinder und Jugendliche rigoros eingehalten werden.

Weiters werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz, das Stadtschulamt und die A6 aufgefordert, in ihrem Bereich Kinder und Jugendliche verstärkt auf diese Problematik hinzuweisen und mit Projekten dem Problem Jugendalkoholismus entgegenzuwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Verbesserung der Sichtbarkeit der Linienanzeigen auf Straßenbahnen und Bussen

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Digitalanzeigen für die Linienbeschriftungen auf den neuen Straßenbahnen und auf den Bussen der Holding Graz Linien sind bei schlechter Sicht nur schwer lesbar. Gerade für Senioren oder sehbeeinträchtigte Personen stellt dies ein Problem dar. Werden die Eingangstüren von öffentlichen Verkehrsmitteln bereits barrierefrei gestaltet, hat man sich bei den Außenanzeigen leider wenig Gedanken gemacht. Eine Verbesserung hinsichtlich des Kontrastes und der Größe ist bei den Anzeigen technisch sicherlich möglich und gestaltet das Benutzen der Öffis für viele Fahrgäste stressfreier.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mit den Holding Graz Linien in Verhandlung zu treten, um eine Verbesserung der Sichtbarkeit der Linienanzeigen auf Straßenbahnen und Bussen zu

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Auflösung des Fuhrparks

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Kürzlich erging die Antwort einer Anfrage der BZÖ-Gemeinderatsfraktion bezüglich der Taxifahrten der Stadtsenatsmitglieder. Daraus wurde ersichtlich, dass der Spitzenreiter der Stadtregierenden, was Fahrten mit dem Taxi anbelangt, Mag. (FH) Mario Eustacchio ist, der dem Stadtsäckel dafür immerhin 2686,30 Euro entzog. Nun könnte man diese Informationen nur für sich genommen in die Richtung interpretieren, der FPÖ-Stadtrat pflege einen zügellosen Umgang mit kostspieligen Transportmöglichkeiten. Betrachtet man die Kostenaufstellung der Taxifahrten jedoch im Kontext zu den Kosten des Fuhrparks der Stadt, kommt man nicht umhin, diese Angelegenheit etwas differenzierter zu beurteilen. Die vier voll ausgestatteten BMW-Dienstkarossen nebst Chauffeur schlagen mit saftigen 200.000 Euro im Jahr zu Buche. Dass man noch ein paar Elektroräder und ein Elektrofahrzeug angeschafft hat, schönt diesen finanziellen und effizienztechnischen Nonsens nur bedingt. In Zeiten, wo eine schwarz-grüne Stadtregierung Pendler dazu bringen will, vom Auto in die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen und laufend suggeriert, die Autofahrer mögen doch wegen des Feinstaubproblems der Stadt fernbleiben, ist es ein verheerendes Signal, sich von einem Chauffeur in einer Luxuslimousine durch die Stadt gondeln zu lassen. Car-Sharing und verkleinertem Fuhrpark zum Trotz stellt sich die Frage, ob es denn im Jahr 2012 überhaupt noch nötig ist, sich wie zu Zeiten des Fin de siècle herumkutschieren zu lassen.

Die Beantwortung besagter Anfrage und deren umfassende Interpretation müssen als Anlass dienen, dass sich auch die Regierenden dieser Stadt an die Nase nehmen und die Umsetzung der Maßnahmen, welche sie von den BürgerInnen einfordern, auch bei sich selbst anwenden. Es grenzt an Heuchelei, wenn sich ein Bürgermeister zwecks Werbung zur Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln vor einer neuen Straßenbahn abfotografieren lässt, um sich anschließend von seinem Chauffeur wieder hinter die geschützten Mauern des Rathauses bringen zu lassen. Der besagte Fuhrpark sollte aufgelöst werden und die ehemaligen Nutznießer dieses Privilegs aus dem vorletzten Jahrhundert steigen auf öffentliche Verkehrsmittel und Taxis um, was einen Einsparungseffekt von bis zu 150.000 Euro hätte. Hier besteht die außerordentliche Möglichkeit, Bürgernähe nicht nur zu propagieren, sondern auch im Sinne von Sparsamkeit und Umweltschutz zu leben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Fuhrpark, der dem Bürgermeister, seiner Stellvertreterin, Mitgliedern der Stadtregierung und Spitzenbeamten des Magistrats zusteht, wird aufgelöst und eben jene steigen auf die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis um. Die durch die Auflösung entstandenen, frei werdenden finanziellen Mittel sollen zu einem Ausmaß von 30 Prozent jene Kosten bedecken, die für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs und der Taxis besagter Personengruppe anfallen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

22) Einsatz zur Aufstockung der Grazer Polizei

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge einer kürzlich erbrachten parlamentarischen Anfragebeantwortung musste der geneigte Bürger feststellen, dass in unserer Landeshauptstadt im Schnitt 60 Straftaten pro Tag begangen werden. In Zahlen gegossen bedeutet diese Information, dass im Jahr 2011 insgesamt 21.878 Straftaten angezeigt wurden, von denen 9.081 Fälle aufgeklärt wurden. Das entspricht einer Aufklärungsrate von 41,5 Prozent. Das heißt: Die Kriminalität in dieser Stadt ist dabei auszufern, währenddessen die Polizei mit Personalknappheit zu kämpfen hat, die ihr vom Innenministerium aufoktroiert wird. Als Bürgermeister dieser Stadt muss es im ureigenen Interesse desselben liegen, sich für die Sicherheit der ihm anvertrauten Bürger einzusetzen. Ein medienwirksamer „Sicherheitspakt“ nach dem anderen, der bewusst nicht über das bürokratische Larvenstadium hinauswachsen konnte, hat keine Entspannung dieser unerträglichen Situation herbeigeführt. Es ist nun definitiv an der Zeit, sich auf ernsthafte Weise mit diesem ernsthaften Thema auseinanderzusetzen. Welches Konzept bezüglich Sicherheit in dieser Stadtregierung zur Anwendung gebracht wurde und an welchen Ecken man feilen könnte, um es wirksamer zu machen, ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr interessant, denn dieses Konzept – wenn es denn eines gab – ist gescheitert und durch wirksame Maßnahmen zu ersetzen. Ein Foto des Bürgermeisters mit dem/der jeweils amtierenden Innenminister/in und mit besagtem Sicherheitspakt in der Hand hat offensichtlich dazu geführt, dass die Kriminalität gestiegen ist und die Zahl der PolizistInnen gesunken ist. Wenn der Bürgermeister die Kompetenz hat, an dieser Fehlentwicklung etwas zu ändern – und seine Vorliebe für Verträge mit dem Innenministerium lassen das klar vermuten – dann ist es fünf vor zwölf für einen ernsthaften Umgang mit diesem Thema.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister setzt sich im Rahmen seiner Kompetenzen für eine Aufstockung der PolizeibeamtInnen im Grazer Stadtgebiet ein und erstattet dem Gemeinderat monatlich über seine konkreten Bemühungen Bericht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

23) Errichtung des „Platzes der Menschenwürde“ und Platzierung der Statue von Mutter Teresa in der Annenstraße (Vorbeckgasse)

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der humanitär-kulturelle Verein „Mutter Teresa“ in Graz hat in Kooperation mit der Pfarre Sankt Andrä aus Anlass des 100. Geburtstages von Mutter Teresa (26. August 2010) ein Projekt verwirklicht, das in hohem Maße unterstützenswert ist.

Auf Initiative des Vereins wurde von dem Wiener Künstler Ulrich Mertel eine lebensgroße Bronzestatue gegossen. Die Statue ist 1.63m hoch und sollte lebensecht im Grazer Stadtbild als Denkmal und als Zeichen der Menschenwürde aufgestellt werden. Nach langer und intensiver Diskussion kamen wir gemeinsam mit Vertretern der Katholischen Kirche, der Stadt Graz, des Landes Steiermark zur Ansicht, dass im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße/der Vorbeckplatz ein ideales Umfeld für die Mutter-Teresa-Statue bildet: Dieser Kreuzungspunkt kann auch als Schnittpunkt der in Graz lebenden Kulturen verstanden werden - Mutter Teresa, die als Christin für alle

Not leidenden Menschen eingetreten ist, versinnbildlicht geradezu die Würde der Menschen.

Bereits vor einem Jahr haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht, um eine Umbenennung des Platzes und das Aufstellen der Statue zu veranlassen. Diesem wurde vom Stadtvermessungsamt nicht entsprochen, da „Platz der Menschenwürde“ als Name des Platzes keinen Bezug zu den bereits vorhandenen Verkehrsflächenbenennungen hätte und Neubenennungen sich in die vorhandenen und umgebenden Bezeichnungen einfügen müssten. Nun stellt sich natürlich die Frage, welcher Name für einen Platz passend wäre, der sich an der Kreuzung Annenstraße/Vorbeckgasse/Dominikanergasse befindet beziehungsweise was einen „Platz der Menschenwürde“ als Name so unpassend erscheinen lässt. Es ist in Graz offenbar leichter, eine Moschee zu bauen, als eine Statue für die selige Mutter Teresa aufzustellen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Platz an der Kreuzung Annenstraße/Ecke Vorbeckgasse/Dominikanergasse soll in Zukunft als „Platz der Menschenwürde“ bezeichnet werden. Des Weiteren soll in die Planung des Platzes die Aufstellung der Statue der Mutter Teresa veranlasst werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

24) Errichtung eines zusätzlichen Schutzweges in der Rösselmühlgasse im Bereich zwischen Rösselmühlpark und Griesplatz

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Rösselmühlgasse ist eine der meist-frequentierten Straßen von Graz. Dieser Umstand verwundert nicht, da es eine der schnellsten Möglichkeiten ist, aus dem Westen der Stadt in die Innenstadt zu gelangen. Gerade dieser Umstand macht es jedoch zwingend nötig, für ausreichend Möglichkeiten Sorge zu tragen, den zahlreichen Fußgängern, welche gerade in dieser Umgebung mehrheitlich aus Kindern und älteren Menschen bestehen, ein sicheres und gefahrloses Überqueren der Straße zu ermöglichen. Darüber hinaus befindet sich in unmittelbarer Nähe der besagten Stelle das BG Dreihackengasse. Bisher war es so, dass man als Passant gezwungen war, entweder über den Schutzweg nach dem Rösselmühlpark oder über selbigen am Griesplatz die Straße zu queren. Die Anzahl der Schutzwege steht in diesem Fall leider in keinem Verhältnis zur beachtlichen Länge des besagten Straßenabschnittes. Tagtäglich wird man Zeuge von gefährlichen Straßenseitenwechsellern, die während der Hauptverkehrszeiten ein beträchtliches Sicherheitsrisiko für alle Beteiligten darstellen.

Um möglichen zukünftigen Unglücksfällen vorzubeugen, ist es unabdingbar, im Bereich zwischen Rösselmühlpark und Griesplatz einen Schutzweg über die Rösselmühlgasse zu errichten, der das Risiko von Unfällen minimiert und gleichzeitig auch den Auto- und Busfahrern nützt, da man sich im hektischen Berufsverkehr wieder im ausreichenden Maße auf die Straße konzentrieren kann und nicht unablässig die Gehsteige im Auge behalten muss.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Errichtung eines Schutzweges über die Rösselmühlgasse im Bereich zwischen Rösselmühlpark und Griesplatz – möglicherweise im Bereich der Kreuzung Dreihackengasse/Rösselmühlgasse - zu prüfen und in weiterer Folge zu veranlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

25) Sofortiger Förderstopp für das Projekt „City of Design“

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Rechnungshof-Prüfbericht über das Projekt „City of Design“ ist typisch für Graz und das unprofessionelle Verhalten jener Verantwortlichen, die diesen Titel dank der segensreichen Personalpolitik Bürgermeister Nagls als reine Geldbeschaffungsaktion zum Erhalt ihrer persönlichen Existenz sehen. Während Berlin, Seoul, Shanghai oder Kobe diesen Designtitel bestens für sich nutzen und junge Designer aus allen Nationen anlocken, verbocken wir es in Graz einmal mehr. Diese Titelschwindlerei geht langsam ins Geld. Ein sofortiger Förderstopp bis zur Umsetzung der Empfehlungen des Grazer Stadtrechnungshofes ist daher angezeigt.

Dieser Bericht zeigt ein massives Kontrollversagen der Stadt Graz auf. Millionenbeträge werden ohne effiziente Prüfung der Leistung vergeben. Beim Projekt City of Design ist offenkundig kein einziger Cent bei den kreativen Designern der Stadt angekommen, dafür wurde ausschließlich die Verwaltung der gierigsten Köpfe bedient. Die gute und weltumspannende Projektidee wurde pervertiert, dafür haben die Schwärzesten der Schwarzen dank Herrn Bürgermeister Nagl eifrig kassiert.

Bürgermeister Nagl hat aus dem Kulturhauptstadtjahr 2003 kein bisschen gelernt. Das BZÖ fordert daher einen sofortigen Austausch der Führungsgarnitur. Es wäre schlichtweg ein Wahnsinn, wenn man hier Millionen Euro Steuermittel abschreiben müsste. Das Projekt City of Design hat nur dann Chancen, wenn man es in professionelle und kreative Hände legt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Es ergeht ein sofortiger Förderstopp für das Projekt City of Design, der solange aufrecht erhalten wird, bis sämtliche Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 19.38 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb